

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Wilhelm Schmidt MdB nennt Forderungen zur Modernisierung des Grundgesetzes: "Bessere Verfassung" nur mit Kinderrechten.

Seite 1

Ulla Schmidt MdB stellt die Aktion "Lila Signal" vor: Beim Einkaufen die Gleichstellung fördern.

Seite 2

Heinz-Werner Arens MdL macht auf den vom Kieler Landtag erarbeiteten Verhaltenskodex für Abgeordnete aufmerksam: Dem Ansehensverfall der Politik wehren.

Seite 3

### Dokumentation:

Dr. Klaus Hänsch MdEP sprach auf der SPD-Bundesdelegiertenkonferenz zur Europa-Wahl. Wir dokumentieren die einleitenden Passagen: Kein Staat in Europa kann die Probleme alleine meistern.

Seite 4

49. Jahrgang / 17

25. Januar 1994

### **"Bessere Verfassung" nur mit Kinderrechten** Zum bevorstehenden Abschluß der Kommissions-Beratungen zur Modernisierung des Grundgesetzes

Von Wilhelm Schmidt MdB  
Kinderbeauftragter der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Wenn der Sprecher der SPD-Mitglieder in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat (GVK), Dr. Hans-Jochen Vogel, in diesen Tagen vor Abschluß der Beratungen über die Modernisierung des Grundgesetzes in der Kommission erklärt, daß das geeinte Deutschland durch Erneuerung und Fortentwicklung des Grundgesetzes "in bessere Verfassung" gebracht werden muß, dann gehört hierzu auch eine Berücksichtigung verbesserter Kinderrechte. Es ist sachlich unverständlich und außerordentlich bedauerlich, daß die mit Zwei-Drittel-Mehrheit in der GVK beschlossenen Vorschläge diesen Komplex nicht aufgenommen haben, obwohl noch bei der sehr fundierten Anhörung der GVK im Dezember 1992 sehr positive Reaktionen auch von der Regierungskoalition zu hören waren.

In einer breiten (Fach-)Öffentlichkeit ist nun über mehr als zwei Jahre vor dem Hintergrund von verschiedenen Vorschlägen und intensiven Diskussionen (zum Beispiel beim Deutschen Jugendhilfetag) klar gewesen, daß ein "kinderfreundlicheres Deutschland" auch durch verbesserte verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen gestaltet werden könne. Ganz wichtig war in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Jugendministerkonferenz von Bund und Ländern sowie die Bundestags-Kinderkommission jeweils einstimmig (!) und unabhängig voneinander schon Mitte 1992 konkret folgende Text-Empfehlungen zur Neufassung des bisherigen Artikels 6 Absatz 2 Grundgesetz gegeben hatten: "Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. Sie schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge."

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
Zuzug: MwSt. und Versand.

Kleinformat-Ümgebung  
mit recycelten Rohstoffen  
100% Recycling-Papier



Für den Fall einer nicht erzielbaren Zustimmung hatte die Kinderkommission im Dezember 1992 einen "Minimal-Vorschlag" vorgetragen (Zusatz zum bisher geltenden Text des Artikel 6.2 Grundgesetz: "Sie schützt und fördert das Recht der Kinder auf Entwicklung und Entfaltung.") Die Kommission hat jetzt erneut auf ihre Vorschläge hingewiesen und einstimmig gefordert, die Verfassungsdiskussion um die Aufnahme von Kinderrechten nicht als beendet anzusehen. Damit würden die seit April 1993 auch in Deutschland gültige UNO-Konvention umgesetzt und eine Reihe nicht ausreichend respektierter Kinderrechte in die rechts- und kinderpolitische Debatte gehoben (Schutz vor Gewalt und sexuellem Mißbrauch, Durchsetzung des Verbots der Kinderarbeit, Abschaffung des Züchtigungsrechts, Recht auf Gesundheit und schädigungsarme Umwelt usw.).

Es ist daher sehr verdienstvoll, wenn die SPD-Mitglieder in der GVK und inzwischen auch die SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen ihres Zusatz-Antrages mit weitergehenden Regelungen zur sozialen demokratischen und freiheitlichen Fortentwicklung des Grundgesetzes die Kinderrechte aufgenommen haben, zumal der SPD-Antrag durch seinen größeren Umfang noch inhaltsreicher ist als alle bisher in der Diskussion stehenden Vorschläge. Nach Auffassung der SPD sind in der künftigen Verfassung folgende Kinderrechte zusätzlich aufzunehmen: Das Recht auf Wahrung und Entfaltung der Grundrechte sowie auf Entwicklung zu selbstbestimmungs- und verantwortungsfähigen Persönlichkeiten, das Recht auf gewaltfreie Erziehung und das Recht darauf, daß die staatliche Gemeinschaft die Sorge für kindgerechte Lebensverhältnisse trägt.

Wenn inzwischen auch noch der Vorschlag des DGB vorgelegt wird, noch den Artikel 91 a Grundgesetz dahingehend zu ergänzen, daß auch der "Ausbau und Neubau von Kindertageseinrichtungen" zu einer Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern (und damit zu einer Mitfinanzierungsaufgabe des Bundes) gestaltet wird, dann unterstreicht das die Notwendigkeit einer kinderpolitisch orientierten Verfassungsdiskussion.

Es ist zu hoffen, daß die Debatte um Kinderrechte in der Verfassung vor diesem Hintergrund wieder belebt wird und doch noch zu einem positiven Ergebnis - im Interesse der vielen Millionen Kinder in unserem Lande - führt.

(-/25. Januar 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Aktion "Lila Signal"**

**Beim Einkaufen die Gleichstellung fördern**

**Von Ulla Schmidt MdB**

**Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-  
Bundestagsfraktion und**

**Mitglied der Kommission "Regierungsprogramm '94"**

Mit einem "Lila Signal" sollen zukünftig alle Produkte kenntlich gemacht werden, deren Herstellung in Betrieben erfolgt, die gleichstellungspolitische Auflagen erfüllen.

Mit diesem wettbewerbsfördernden Frauen-Symbol kann die Privatwirtschaft signalisieren, daß sie aktive Frauenförderung betreibt.

Die Bevölkerung und insbesondere die Kundinnen werden wissen, wie sie mit ihrer Mark umzugehen haben. Dies zeigt nicht nur der Umwelt-Klassiker, der "Blaue Engel", sondern auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der nicht-praktizierten Gleichstellung.

Jeder Gang zur Kasse wird zur "Abstimmung mit dem Einkaufszettel".

Firmen können dabei nur gewinnen. Für die damit verbundene Imagewerbung müssen Betriebe auch etwas leisten. Ihrer Kreativität sind hierbei keine Grenzen gesetzt. Mögliche frauenfördernde Maßnahmen können sein.

- Verbesserung der betrieblichen Ausbildung für Mädchen (Ausbildung in Berufen mit dreijähriger Ausbildungszeit, Öffnung qualifizierter Ausbildungsberufe im gewerblich-technischen Bereich, Übernahme der Ausgebildeten nach erfolgreichem Abschluß);
- Frauenförderung bei der Stellenbesetzung (bevorzugte Einstellung von Frauen - auch in Führungspositionen, Aufhebung der Trennung von Männern- und Frauenarbeitsplätzen);
- Frauenförderung bei beruflichem Aufstieg (Keine Benachteiligung bei Berufsunterbrechung oder Teilzeitarbeit);
- Frauenförderung durch berufliche Weiterbildung (Berücksichtigung familiärer Bedingungen, Verknüpfung von Weiterbildung mit betrieblicher Frauenförderung);
- Schaffung humaner und qualifizierter Arbeitsplätze;
- Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit (Beurteilung, Rückkehrmöglichkeiten, familienfreundliche Gestaltung der Arbeitszeit, Bereitstellung von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder);
- Herstellung von Lohngleichheit;
- Veränderte Umgangsformen in Betrieben (Verbot sexistischer Diskriminierungen, Sanktionen bei sexueller Belästigung);
- Gesicherte Arbeitsverhältnisse (Arbeitsplätze nur oberhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze, Ermöglichung eines existenzsichernden Einkommens).

Ob Firmen diese Maßnahmen zumindest in Teilbereichen erfüllen, soll ein Vergabeausschuß unter Beteiligung der Frauenministerien in Bund und Ländern sowie Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden prüfen.

Die Vergabe des "Lila Signals" zieht mit Sicherheit Frauen an. Immerhin glauben drei Viertel der Bevölkerung, daß Männer leichter in bessere Positionen gelangen, auch wenn eine Frau die gleiche Ausbildung hat. Die Bevölkerung will, daß mehr für die Gleichstellung von Frauen getan wird. Politik und Unternehmen müssen jetzt Signale setzen.

(-/25. Januar 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Dem Ansehensverfall der Politik wehren

**Die Sozialdemokraten im Landtag von Schleswig-Holstein haben einen Verhaltenskodex für Abgeordnete erarbeitet**

**Von Heinz-Werner Arens MdL**

**Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein**

Der kürzlich vom CDU-Bundestagsabgeordneten Rolf Olderog geforderte Verhaltenskodex für Politiker ist im schleswig-holsteinischen Landtag bereits verwirklicht.

Die Verhaltensregeln, die der Landtag in Kiel für seine Mitglieder erarbeitet hat, müssen bundesweit als die strengsten angesehen werden. Diese verbindlichen Verhaltensregeln für die Abgeordneten hat die SPD-Landtagsfraktion in den Beratungen der Jahre 1991 und 1992 nur gegen den zähen, hinhaltenden Widerstand von CDU und FDP durchsetzen können. Dies hätte auch Olderog in der damaligen Berichterstattung schleswig-holsteinischer Zeitungen verfolgen können.

Umso mehr sind die Forderungen Olderogs, die Glaubwürdigkeit demokratischer Politik wiederherzustellen, zu begrüßen. Dabei konnten die schleswig-holsteinischen Regelungen Vorbild für andere Parlamente sein.

Den Ansehensverfall der Politik sehe auch ich mit Sorge. Diese Entwicklung ist nicht nur eine Gefährdung der Politik, sondern auch eine mögliche Gefahr für das Grundprinzip der Demokratie. Daß das Fehlverhalten einzelner Politiker und Politikerinnen einer solchen bedrohlichen Entwicklung Vorschub leistet, steht außer Frage. Zu warnen ist aber auch vor unzulässigen pauschalen Diffamierungen. Das Fehlverhalten einzelner Menschen in der Politik darf nicht mit dem Versagen der Politik insgesamt gleichgesetzt werden. Wer so oberflächlich urteilt, diskreditiert die Arbeit aller ehrenamtlich und hauptberuflich tätigen Politiker, die ihr Engagement als gesellschaftliche Aufgabe verstehen, die sie im Interesse der Gemeinschaft erfüllen.

Politisches Fehlverhalten ist nie auszuschließen. Es muß noch rückhaltloser und ohne Ansehen der Person benannt und geahndet werden - und dieses durch die Politik und die Parteien selbst. Die SPD ist am fraktionsübergreifenden Gespräch über die Stärkung der Glaubwürdigkeit demokratischer Politik interessiert. Unser Gesprächsangebot richtet sich an alle demokratisch verfaßten Parteien und Organisationen.

(/25. Januar 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Dr. Klaus Hänsch: Kein Staat in Europa kann die Probleme alleine meistern**

Mit Blick auf die Europa-Wahl am 12. Juni hat die SPD am 25. Januar in Bonn eine Bundesdelegiertenkonferenz durchgeführt. Dr. Klaus Hänsch, stellvertretender Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, skizzierte dabei Positionen und Vorhaben der Sozialdemokraten. Wir dokumentieren aus seiner Rede die einführenden Passagen.

In der Europäischen Union sind fast 18 Millionen Menschen ohne Arbeit. Überall zerschlagen Rezession und Strukturwandel Arbeitsplätze, vernichten Existenzen. Ganze Industriezweige brechen weg. Ganze Regionen veröden.

Die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat alle Länder Westeuropas ergriffen. Sie können sie nur gemeinsam bewältigen.

Eine Europäische Union, die von ihrem 130 Milliarden-Mark-Haushalt für sinnlose Agrarüberschüsse mehr als doppelt so viel ausgibt wie für die Schaffung neuer Arbeit für 18 Millionen Arbeitslose - kann das Vertrauen der Menschen nicht erringen.

Viele machen sich Sorgen um den Wirtschaftsstandort Deutschland - zu Recht. Und doch geht es längst um die gesamte Europäische Union als Technologiestandort.

In den letzten 20 Jahren hat sich im Welthandel ein dramatischer Wandel vollzogen. Japan hat Deutschland und Europa bei den Hochtechnologiegütern nicht nur überholt, sondern seinen Vorsprung stetig weiter ausgebaut. Andere südostasische Staaten sind uns auf den Fersen.

In den Schlüsselbereichen wie der Halbleitertechnologie kämpft Europas Industrie ums schlichte Überleben. Damit sind die gesamte informationstechnische Industrie, der Werkzeugmaschinenbau, die Automobilindustrie, der Unterhaltungselektronik, alle Tätigkeiten, die nach intelligenter Steuerung und Regelung verlangen, in die gnädigen Hände japanischer und amerikanischer Strategen gelegt.

Der Standort Deutschland und Europa ist in erster Linie durch den Standardverlust in der Hochtechnologie und durch mangelhaftes Management gefährdet.

Eine Europäische Union, die für die Subventionierung von Ölstaaten genauso viel Geld ausgibt wie für die gemeinsame Förderung moderner Technologien, verschenkt die Gegenwart und verspielt die Zukunft. Sie läßt es zu, daß das Europa unserer Kinder in der Weltwirtschaft nur noch eine Nebenrolle spielen wird. Ein solches Europa wollen und dürfen wir ihnen nicht übergeben.

"Ist vom Standort Deutschland die Rede, denken alle nur an üppige Löhne, ausgeuferte Sozialkosten, wuchernde Bürokratie und - wenn es hoch kommt - lahme Manager. Die Riesenpleite der Metallgesellschaft macht einen weiteren bedeutenden Standortnachteil augenfällig: "Die mangelnde Kontrolle deutscher Aktiengesellschaften durch die Aufsichtsräte."

Das ist nicht von mir. Das ist ein Zitat aus der WIRTSCHAFTSWOCHE, ein Blatt, das im allgemeinen nicht gerade durch sozialdemokratische Positionen auffällt.

Wer wie die Kohl-Koalition über hohe Lohnnebenkosten, teure Sozialstandards und drückende ökologische Auflagen redet - und den Standardverlust durch Mißmanagement und verfehlte Forschungspolitik verschweigt, hat keine Strategie für die Zukunft Europas.

Entweder verteidigen die Völker Europas soziale Errungenschaften und damit unsere europäische Lebensweise durch Investitionen in die Zukunft oder sie gehen einzeln im Weltmarkt unter. Wir müssen das kapierten oder wir werden kopieren lernen müssen.

Wenn künftig alle Fernsehapparate japanisch, alle Fernsehprogramme amerikanisch und nur noch die Zuschauer europäisch sind, dann ist das jedenfalls nicht die sozialdemokratische Vision von der europäischen Lebens- und Arbeitswelt.

Es gibt sie, diese europäische Lebensweise. Sie besteht in der unauflösbaren Verbindung zwischen dem Willen zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit.

Wir wollen keine Defensivstrategien. Protektionismus und Abschottung sind genauso falsche Konzepte wie ständige Lohnsenkungen und Sozialabbau. Eine freie Gesellschaft kann sich nicht abschotten. Und eine Gesellschaft, die auf wirtschaftliche Leistung setzt, darf die soziale Gerechtigkeit nicht vor die Hunde gehen lassen.

Für uns bleibt es dabei: Soziale Gerechtigkeit ist nicht ein Klotz am Bein der ökonomischen Leistungsfähigkeit, sie ist ihre solide Grundlage.

Die Europäische Kommission unter Führung des Sozialdemokraten Jacques Delors hat ein Konzept entwickelt mit dem großen Ziel, die Massenarbeitslosigkeit innerhalb der nächsten sechs Jahre auf die Hälfte des heutigen Stands zurückzuführen.

Dafür brauchen wir

- die Schaffung einer modernen, intelligenten und umweltverträglichen Fernverkehrsinfrastruktur und Telekommunikationsnetze als Basis für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft;
- die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit durch eine Forschungs- und Technologiepolitik, die das große Innovationspotential und die Flexibilität der kleinen und mittleren Unternehmen fördert und nutzt;
- die Verbesserung und Flexibilisierung von Ausbildung und Fortbildung;
- eine Neuorientierung des Steuerungssystems, Entlastung der niedrigen Löhne von Lohnnebenkosten, höhere Belastung für Ressourcen- und Umweltverbrauch.

Daß wir immer noch den Einsatz von Arbeitskraft, die reichlich vorhanden ist, statt den Verbrauch von Ressourcen wie Energie und Umwelt, die knapp sind, durch hohe Steuern und Abgaben zu bestrafen, ist nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein marktwirtschaftlicher Widerspruch. Damit müssen wir endlich aufhören. Bei uns und überall in Europa.

Es geht bei den Wahlen in diesem Jahr nicht bloß um mehr sozialdemokratische Abgeordnete in Straßburg und Brüssel, es geht auch um eine sozialdemokratische Bundesregierung in Bonn. Aber wenn wir Europa den konservativen Marktideologien überlassen, werden wir auch national keine erfolgreiche Beschäftigungspolitik machen.

Die Wirtschaftsliberalen wollen aus Europa nichts anderes machen als eine Zone grenzenlosen Freihandels. Die brauchen den Vertrag von Maastricht und die Politische Union nicht.

Sozialdemokraten haben von jeher den Anspruch erhoben, die Macht des Marktes durch politische, soziale und ökologische Regeln zu zähmen und zu begrenzen und zu gestalten. Deshalb will wir die Politische Union Europas. Nur durch sie können wir der Politik zu ihrem Recht und zu ihrer Pflicht gegenüber den Kräften des Marktes verhelfen.

Ein Wirtschaftsminister, der die Wirtschaft der Wirtschaft überlassen will, hat kein Konzept für die deutsche Stahlindustrie und wer keins hat, kann auch in Brüssel die Interessen der deutschen Stahlarbeiter nicht vertreten.

Auf eine Bundesregierung, die schon in Deutschland versucht ihr Wort zu brechen, das sie dem deutschen Bergbau gegeben hat, kann die Kohle nicht bauen. Die Kumpel an Rhein und Ruhr, an der Saar und in anderen Bergbauregionen Deutschlands sollen wissen: Die Sozialdemokraten stehen auch in Europa zu ihrem Wort, wir lassen euch nicht im Stich!

Wir wissen, daß die Sozialunion weit hinter der Wirtschaftsunion herhinkt. Aber wer die Europäische Union ablehnt, schafft damit nicht mehr, sondern weniger Sozialraum in Europa. Die Vorstellung durch nationale Schutzzäune könnten wir unsere sozialen Errungenschaften am besten bewahren, ist nichts weiter als eine Illusion. Wer auf die Globalisierung der Märkte mit einer Nationalisierung der sozialen und ökologischen Regeln und Instrumente antworten will, hat das falsche Konzept.

Kein Zweifel: Die Rechten aller Schattierungen wollen den Binnenmarkt zum Abbau sozialer Errungenschaften mißbrauchen. Wer in Deutschland über den Mißbrauch des sozialen Netzes redet und den Mißbrauch des Steuerrechts verschweigt, wird auch in Europa nicht für soziale Gerechtigkeit sorgen.

Für uns ist die europäische Sozialcharta kein Poesiealbum, sondern ein konkreter Arbeitsauftrag.

Die Europäischen Sozialdemokraten haben drei klare Ziele für die nächste Wahlperiode des Europäischen Parlaments:

1. Mit der Dienstleistungsrichtlinie Sozialdumping verhindern,
2. europaweit die Mitbestimmung der Arbeitnehmer sichern,
3. die gesetzliche Grundlage für europäische Betriebsräte schaffen.

Was ist das für eine Europäische Gemeinschaft, die den freien Markt für Banken und Versicherungen in 14 Monaten beschließen kann, aber es 14 Jahre lang nicht fertig bringt, die europäischen Betriebsräte auf den Weg zu bringen?

Die Investitionsentscheidungen großer Konzerne haben längst mehr Gewicht als die Staatshaushalte ganzer Länder. Auf den Chefetagen halten sie doch ganze Staaten für eine Art Disney-Land, in dem sie den nationalen Regierungen und Parteien erlauben, noch für eine Weile das Spielchen "nationale Souveränität" zu spielen.

Und ausgerechnet jetzt machen manche Leute - auch manche, die sich für links halten - eine ganz neue Entdeckung: den souveränen Nationalstaat.

Wer versucht, in Deutschland an die Stelle des Verfassungspatriotismus den D-Mark-Patriotismus zu setzen, ist auf dem Weg zu einem ganz primitiven postnationalen Provinzialismus.

Auf den Weltdevisenmärkten werden täglich 1,5 Billionen Mark umgesetzt. Die ständigen relativen Aufwertungen der DM in den letzten 18 Monaten haben die deutsche Stahlindustrie eine Million tonnen Stahlexport gekostet und der deutschen Textilindustrie in ihrem Hauptabnehmerland Italien schwer geschadet. VW-Golf in Spanien ist um 26 Prozent teurer geworden. Wir wollen die Währungsunion, weil wir sie brauchen. Wir sind mehr als andere an einer Zone währungspolitischer Stabilität um uns herum interessiert.

Dabei hat die Erhaltung der Stabilitätsbedingungen des Maastricht-Vertrages Vorrang vor der Einhaltung seines Zeitplans. Es ist wie beim Autofahren. Ziel und Zeitplan werden vorher festgelegt und man bemüht sich, beides einzuhalten, aber auf der Strecke hat dann Sicherheit Vorrang vor Schnelligkeit. Die Stabilität des Geldes ist nicht bedroht von einer europäischen Währungsunion, sondern von der abartig chaotischen Haushalts- und Finanzpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung.

Heute verfügt kein Staat in Europa mehr allein über die Instrumente, um Kapitalströme und Ressourcentransfers zu regulieren, Marktmacht zu begrenzen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit zu sichern.

Und kein Staat ist in Europa souverän genug, allein die natürlichen Lebensgrundlagen seiner Bürger zu schützen.

\*\*\*\*\*

(-/25. Januar 1994/rs/fr)